

## Mitgliederversammlung 13.01.2012

**Kreistagsfraktion zur Kommunalwahl**

**13. Januar 2013/ Kittler**

Darüber, dass die Umverteilungspolitik von unten nach oben auch die Kommunalfinanzen immer weiter in Bedrängnis bringt, haben wir seit Jahren ausgiebig diskutiert und unsere homepages sind voll davon.

Dass Finanzausgleiche und die kommunalen Einnahmequellen verbessert werden müssen, daran besteht überhaupt kein Zweifel. Nicht bei uns, nicht bei den anderen Kommunalpolitikern und auch die Kommunalverbände streiten für eine Verbesserung. Gleichzeitig beklagen sie aber auch die angeblich überbordenden Sozialbudgets, also Vorsicht vor falscher Verbrüderung.

Das Thema taugt nichts zur kommunalpolitischen Auseinandersetzung vor Ort, außer dass wir unseren Gegnern z.B. bei Budget- und Haushaltsdebatten vorwerfen können, dass ihre eigenen Parteien in Land und Bund die finanzielle Kommunennot verursachen und das machen wir auch bei jeder Gelegenheit. Als Hintergrundinformation müssen wir es aber beachten.

Im Kommunalwahlkampf steht der Verteilungskampf um die verbleibenden Mittel im Vordergrund. Beim Kreis geht es um 256 Mio €, in Norderstedt um 177 Mio (Ohne Budget Stadtwerke) und für alle anderen Kreisangehörigen Kommunen dürften noch mal 400 Mio € zu Buche schlagen, insgesamt also um 833 Mio €. Als Linke Fraktionen in Norderstedt und im Kreis können wir immerhin am Verteilungskampf von über der Hälfte dieser Mittel mitwirken. Ziehen wir in Kaltenkirchen ein, kommen 33 Mio € hinzu.

Kommunaler Schwerpunkt ist immer der Sozialbereich. Mit 166 Mio € beträgt er 2/3 des Kreishaushaltes. Unsere Aufgabe ist, diesen Bereich abzusichern und zu fördern und überbordende Subventionen und Zugeständnisse an die Privatwirtschaft einzudämmen.

Je erfolgreicher wir dabei sind, und je mehr Mittel sozial gebunden werden können, desto stärker werden sich die finanziellen Forderungen von Kommunen und Kommunalverbänden und auch innerhalb der anderen Parteien Richtung Land und Bund richten und unsere linke Bundestagsfraktion so indirekt unterstützen.

Für uns vor Ort, die wir die regionalen Gegebenheiten kennen, oder uns leicht einarbeiten können, liegen die Möglichkeiten aktiv zu werden, geradezu vor den Füßen. Das zu nutzen bedeutet, die Menschen vor Ort an ganz konkret erlebbaren Politikfeldern zu erreichen. Und das ist auch das Beste, was wir im Kommunalwahlkampf machen können.

Hier gilt sowohl unser bisheriges Kommunalwahl-programm, wie auch die besprochenen weiteren Felder: Wohnungspolitik, Asyl- und Migration, Gesundheit und Armutsbekämpfung. Die lange Liste unserer Programmschwerpunkte diskutieren wir bereits seit einem Jahr. Eine Vertiefung bietet auch das Protokoll des Workshops der letzten Landes-mitgliederversammlung.

Dementsprechend waren auch unsere letzten Initiativen, z.B:

KdU Senkung der Mietobergrenzen verhindern  
Kita Gebühren und Staffeln erhalten  
Elternanteil Schülerbeförderungskosten abschaffen  
Erneuerbare Energien sozial gestalten  
Soziales Sorgentelefon einführen  
Bezahlbaren Wohnraum schaffen  
Gesundheit und Pflege in der Fläche sichern  
ÜAS (Überbetriebliche Ausbildungsstätte) 2 Mio. Spende an Wirtschaft verneinen  
Lohndumping beim WZV (Wegezeckverband) bekämpfen  
Thema Arbeit in Metropolregion HH forcieren  
Rekommunalisierung GMSE weiter betreiben  
Personalsicherung bei Jugendamt, Jobcenter, Kreisverwaltung  
Asylpolitik wieder aufnehmen  
Kreisumlage zur Ausgleichsfunktion sichern.

Bei diesen konkreten Punkten geht es um nachvollziehbare Politik vor Ort. Wenn, dann gewinnen wir damit Mitstreiter. Nicht mit dem Postulieren hehrer Theorien.

Wer sich als Kandidat oder bürgerliches Mitglied in die Fraktionen, oder in den Kommunalwahlkampf einbringen will, findet also viele interessante und ganz konkrete Betätigungsfelder.

Unseren Beitrag zur Haushalts-Generaldebatte im Dezember habe ich noch mal ausgelegt. Steht auch auf der Homepage. Der Kreis plant in seiner für 2013 beschlossenen Haushaltssatzung ein Volumen von 256 Mio € mit nur 6.700 € Fehlbetrag. Die Verschuldung von 85 Mio € beträgt 325,- je Bürger. Insgesamt ist der Kreis Segeberg im oberen Mittelfeld der 11 SH-Landkreise noch gut aufgestellt. Ganz vorn stehen Stormarn und Steinburg. Übrigens: Unser Kreistagsflyer ist auch noch aktuell.

#### Besonderheiten zur Kommunalwahl:

Die kommunalen Aufgaben und Themen in Norderstedt, bzw. in den anderen Kommunen unterscheiden sich von denen des Kreises. Mehr dazu gleich von Miro.

Während Wählergemeinschaften in der Fläche, besonders in kleineren Kommunen eine erhebliche Bedeutung haben, spielen sie im Kreis und in Norderstedt *noch* keine Rolle.

Bei einer Wahlbeteiligung von weit unter 50% war unser Kommunalwahlergebnis 2008 in Norderstedt 8,4 und im etwas konservativeren Kreis 7,4 %. Das war Spitze, aber nur ein Vorschuss. Ob wir das halten können hängt davon ab, ob unsere Aktivitäten bei unseren Wählern angekommen sind, oder noch im Wahlkampf vermittelt werden können.

Wesentliche Wählerwanderungen zwischen uns und den anderen Parteien scheint es kaum zu geben. Zumindest bei der Landtagswahl war es so, dass wir am meisten an die Nichtwähler verloren haben, in 2008 mit ca 55% immerhin 114.000 im Kreis Segeberg. Das ist das 15-Fache unserer 7334 erworbenen Stimmen. Es ist also noch reichlich Luft drin.

## **1) Finanzausgleiche (FA)**

Die Steuer-Einnahmenquoten von Bund, Ländern, Kreisen und Kommunen sind nicht statisch, sondern werden ständig aktualisiert. Begründung: Ausgleichsfunktion und Schaffung gleicher Daseinsbedingungen. Das geschieht über Finanzausgleiche, die jährlich neu zwischen den Ebenen ausgehandelt werden und über Finanzausgleichsgesetze, Erlasse, Umlagen oder Zuweisungen realisiert werden. Es ist zu unterscheiden zwischen vertikalen und horizontalen Finanzausgleichen.

Bei dem horizontalen Finanzausgleich gilt Berücksichtigung und Unterscheidung zwischen: Ertragshoheit - Gesetzgebungshoheit - Verwaltungshoheit, die gleich oder unterschiedlich verteilt sein können.

Der vertikale FA gleicht z.B. zwischen Ländern grundsätzlich aus, oder soll vertikale Differenzen abmildern. Abgaben an die EU und EU-Förderungen zur Erreichung bestimmter Ziele stellen ebenfalls genau so einen Finanzausgleich dar, wie die Kreisumlage, welche die Daseinsbedingungen z.B. zwischen Norderstedt und Negerbötel angleichen soll.

### **Auswirkung:**

*Das erleichtert dem System natürlich die Umverteilung von unten nach oben, indem es bei den Reichen auf Steuereinnahmen verzichtet, die Mindereinnahmen über diffuse Kanäle verteilt, die Verhandlungsstärksten sich ihren Anteil holen und die schwächste Ebene - also die kommunale - in Not gerät.*

## **2) Beispiele kommunalpolitisch relevanter Steuerarten.**

### **Gewerbesteuer** (Ertragshoheit bei den Gemeinden)

- Sie ist durch Hebesätze variabel.
- Nur mittlere und große Gewerbebetriebe nach Freibetrag von 24.500 €
- U.a. Selbstständige, freie Berufe wie Ärzte, Landwirtschaft sind befreit.
- Abgabe an Land: 13,4%, an Bund 4%.
- Gemeinden behalten 82,6 % = 46% aller Gemeindeeinnahmen.

### **Einkommenssteuer (Lohn- und veranlagte Einkommenssteuer)**

- Keine Ertragshoheit bei Gemeinden, aber 15% Anteil (je 42,5% für Land und Bund)
- Etwa 36 % aller Gemeindeeinnahmen.

### **Grundsteuer** (Ertragshoheit)

ca. 15% aller Gemeindeeinnahmen

### **Umsatzsteuer**

Gemeindanteil ist 2% von Umsatzsteuer, entspricht ca. 5% der Gemeindeeinnahmen.

**Kapitalertragssteuer** Anteil = 12 % aller Gemeindeeinnahmen.

*Werden notleidende Kommunen zahlungsunfähig, können sie beim Land Fehlbedarfszuweisungen erbitten. Damit verbunden ist stets die Verpflichtung, kommunale Steuern, Gebühren und Abgaben zu erhöhen. Hier schließt sich der Kreis. So zahlen die Bürger vor Ort wieder ein, was den Reichen an Steuern erlassen wurde.*